

15.54

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim** (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die gesamte Vorgeschichte und den gesamten Ablauf dieser Handlungen anschaut, versteht wirklich niemand, wie es passieren konnte, dass im April eine Frau durch einen amtsbekannten Gewalttäter getötet wurde. Es gebührt den Hinterbliebenen sicherlich unsere Anteilnahme, weil es ja offenkundig ist, dass die Dinge im staatlichen Bereich, im amtlichen Bereich in vielerlei Hinsicht nicht zusammengepasst haben und daher eine massive Verletzung zumindest des Amtsverständnisses, wenn nicht sogar gesetzlicher Grundlagen erfolgt ist.

Es waren gegen die Person, die seit acht Jahren in Österreich war, vier Strafverfahren anhängig, es sind 18 Strafanzeigen erfolgt, die Person wurde bereits 26 Mal zur Staatsanwaltschaft geladen, eine zweimonatige Jugendhaftstrafe war verhängt worden, und seit 2014 ist sie illegal in Österreich aufhältig gewesen. Die Person konnte von einem Teil der amtlichen Behörden nicht gefunden werden, war aber bei einem anderen ununterbrochen präsent, weil eben am Brunnenmarkt diese Vorfälle stattgefunden haben.

Wenn der Minister hier gesagt hat, dass ihn der Zorn packt, wenn er sich die Details näher anschaut, dann kann man auch im Zusammenhang mit den heutigen Ausführungen nur dafür danken, dass diese Sonderkommission eingesetzt wurde. *(Beifall bei der FPÖ sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)* – Danke.

Es ist schade, dass es dieser Kommission bedurfte oder bedarf, aber ich denke, dass wir aus dem Ergebnis sicherlich das Bestmögliche machen können. Weil jetzt so im Raum steht, es gäbe Personen, die eher duldsam gegenüber strafrechtlichen Handlungen sind, und andere, die das weniger sind, eine Feststellung: Ich glaube, niemand hier im Haus will haben, dass strafrechtliche Handlungen gesetzt werden – durch wen auch immer, ob das Inländer oder Ausländer sind, ob das Asylwerber, Asylanten oder andere hier aufhältige Menschen sind.

Auch dazu gibt es eine klare Rechtslage, bis hin zum Asylgesetz, das uns ganz eindeutig weist, wer Anspruch auf Asyl hat; und wer keinen Anspruch hat, der hat dann eben keinen Anspruch, mit den entsprechenden Konsequenzen. Wenn strafbare Handlungen begangen werden – und das sind ja meistens eher massive Handlungen, etwa die gerade genannten am Praterstern und sonstige Dinge –, dann sind Aufenthaltsverbote zu verhängen, Abschiebungen durchzuführen und all die notwendigen Konsequenzen einfach zu setzen.

In diesem Zusammenhang gibt es, wie wir alle wissen, Problemlagen, insbesondere dort, wo sich Staaten weigern, jemanden zurückzunehmen. Im gegenständlichen Fall wäre das mit Nigeria sicherlich nicht der Fall gewesen, weil ja alles dokumentiert war, auch durch dieses Einreisevisum. Da muss man – wahrscheinlich wir alle gemeinsam wie auch immer unterstützend – schauen, dass wir mit den einzelnen Staaten Abschiebungsübereinkommen durchsetzen. Deutschland hat es ja im ganzen nordafrikanischen Raum, in Marokko, Algerien, Tunesien, geschafft. Das sollten wir auch tun, sowohl im Rahmen der EU als auch für uns allein in bilateralen Gesprächen, weil wir ja gerade aus dieser Region in letzter Zeit vor allem in der Suchtmittelszene sehr viele Zugewanderte feststellen, die insbesondere im Bereich des Gürtels und des Pratersterns handeln.

Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, Folgendes muss ich dazu schon sagen, weil wir ja immer wieder versuchen, Situationen und Problemen auch entsprechend zu begegnen, wenn man sie erkennt: Die Situation ist jetzt eine etwas andere als noch vor einem Jahr oder vor zwei Jahren. Das betrifft aber nicht nur Österreich, sondern das ist europaweit so; die Thematik ist global. Es gibt diese Bewegungen, und wir müssen mit diesen Bewegungen auch in unserem Staat entsprechend umgehen. Der Rechtsstaat hat scharfe Waffen, und die sollte er auch einsetzen.

Wir haben daher im Rahmen der Strafrechtsreform Diskussionen geführt, wie man die sexuelle Selbstbestimmung – das ist ja genau das Thema seit Silvester – der Frauen, der Menschen stärken kann. Wie kann man sexuellen Belästigungen vorbeugen? Wie kann man diese auch strafrechtlich bewehren, damit auch entsprechende Abwehr schaffen und zeigen, dass der Staat das eben nicht will, dass man in die Sphäre eines Menschen eindringt, geschweige denn auch noch jemandem Gewalt antut.

Da hätte ich mir erwartet – wir haben damals lange diskutiert –, dass wir eine einstimmige Beschlussfassung bei der StGB-Novelle zustande bringen. Warum die Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ da nicht zugestimmt haben, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, warum das bei § 17 Suchtmittelgesetz so ist. Wir wissen, dass es in vielen Bereichen – das ist angesprochen worden – echte Problemlagen mit Suchtmittelhändlern gibt. Wir haben § 17 Suchtmittelgesetz vorgeschlagen, haben ihn mittlerweile beschlossen, und er wird mit 1. Juni in Kraft treten. Da wird eine ganz massive Verbesserung in diesem Bereich erkennbar sein.

Es ist der Polizei wieder möglich – das ist das, was Sie, Frau Kollegin, vorhin angeschnitten haben –, dass sie Untersuchungshaft verhängt, auch bei kleinen Mengen, auch beim ersten Mal, wenn das im öffentlichen Raum stattfindet – und das

findet alles im öffentlichen Raum statt, was ja Ärgernis erregt –, und damit werden wir vielleicht nicht alle Probleme beseitigen, aber eine deutliche Verbesserung herbeiführen.

Warum Sie hier nicht mitgestimmt haben, habe ich nicht verstanden, weil wir uns eigentlich alle sehr bemüht haben, da eine hundertprozentige Zustimmung zu bekommen. Wenn man im Nachhinein über diese Dinge jammert, wo wir uns im Vorhinein eigentlich bemüht haben, Lösungen zu finden, dann muss man sich schon gefallen lassen, dass man sagt, Sie sind dann vielleicht nicht ganz Bestandteil der Lösung, sondern vielleicht auch des Problems. Ich will das jetzt nicht polemisch sagen – es ist auch nicht notwendig, weil die Diskussion bis dato auch sehr sachlich verlaufen ist –, aber ich will Sie einladen, dass wir uns in Zukunft vielleicht in dem einen oder anderen Bereich – und wir haben gerade im Justizausschuss eigentlich ein sehr gutes Verhältnis und sprechen die Dinge auch sehr offen an – zu Dingen durchringen, die einfach sachlich geboten sind und die man auch ohne großartigem Lärm und ohne großartige Schuldzuweisungen leicht machen könnte.

Hier ein Appell an die Sachlichkeit; auch im Sinne der Ausführungen des Herrn Bundesministers möchte ich das verstanden wissen und auch als Einladung für eine gute, gemeinsame zukünftige Lösung in derartigen Angelegenheiten. – Danke schön.  
*(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Scherak.)*

16.01

**Präsidentin Doris Bures:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Steinacker. – Bitte.